

German Studies Association

Review

Author(s): Britta Rehder

Review by: Britta Rehder

Source: *German Studies Review*, Vol. 29, No. 3 (Oct., 2006), pp. 666-669

Published by: [The Johns Hopkins University Press](#) on behalf of the [German Studies Association](#)

Stable URL: <http://www.jstor.org/stable/27668169>

Accessed: 28-04-2015 14:06 UTC

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <http://www.jstor.org/page/info/about/policies/terms.jsp>

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.



The Johns Hopkins University Press and German Studies Association are collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *German Studies Review*.

<http://www.jstor.org>

negative side, the state was not thought to be able to enact necessary reforms.

The essays included in this volume present an updated analysis of the nodes: political parties (Thomas Saalfeld), federalist institutions (Charlie Jeffrey), and parapublic institutions (Andreas Busch); as well as some of the major policy challenges facing Germany: economic policy (Kenneth Dyson), industrial relations (Wolfgang Streeck), social policy (Roland Czada), immigration (Simon Green), environmental policy (Charles Lees), administrative reform (Goetz), and European policy making (William E. Patterson).

As a collection of essays, the work seeks to answer two overarching questions: is semisovereignty still a viable characterization of the German state, and, if so, is it capable of meeting the policy challenges Germany faces? Wade Jacoby's chapter on the transfer of semisovereignty to the new *Länder* sets up a recurrent theme in each of the subsequent chapters: unification as a major shock to the system regardless of policy domain. For most of the contributors, the views of semisovereignty are mixed, with some doubt expressed as to its ability to meet major policy challenges, especially in the areas of economic and industrial policy. Interestingly, the chapters most supportive of semisovereignty cover policy areas not originally covered by Katzenstein: environmental and European policy. Although Lees suggests environmental policy in Germany is now at the point of "diminishing returns" (213), innovations of the German state remain impressive. Patterson (278–80) and Busch (in his discussion of the Bundesbank [102–07]) point out parallels between German semisovereignty and the "associated sovereignty" of the European Union, suggesting a broader acceptance of the semisovereignty model.

Most interesting is the final chapter where Katzenstein is given the opportunity to weigh the authors' contributions and revisit his own thesis. He addresses the two overarching questions of the work (semisovereignty still characterizes the Federal Republic as it continues to meet policy challenges) and provocatively states that the "conditions that gave rise to Germany's semisovereign state and Europe's associated sovereignty are at risk" (306), though this is not due to the actions of Germans or Europeans, but rather the international politics of the Bush Administration. This chapter alone makes the book worthy of attention. In all, the book offers a comprehensive view of German policy postunification along with its future prospects.

ALEXANDRA COLE, *California State University, Northridge*

Rita Kuczynski. *Die Rache der Ostdeutschen*. Berlin: Parthas, 2002. Pp. 144. Paper €14,50.

Im Westen was Neues? Ostdeutsche auf dem Weg in die Normalität. Berlin: Parthas, 2003. Pp. 192. Paper €18.

Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Berlin: Parthas, 2005. Pp. 240. Paper €18.

Die Schriftstellerin Rita Kuczynski hat drei Bücher zum Themenfeld der deutschen Wiedervereinigung vorgelegt. *Die Rache der Ostdeutschen* versammelt 20 Interviews

mit PDS-Wählern aus Ostberlin, die über ihre persönlichen Erfahrungen der Wendezeit und die Gründe für ihre Wahlentscheidung sprechen. *Im Westen was Neues?* dokumentiert die Antworten von 18 ostdeutschen Bürgern, die sich nicht zum Wählerstamm der PDS zählen. Und in *Ostdeutschland war nie etwas Natürliches* äußern sich Deutschlandkenner aus Mittel- und Osteuropa zu der Frage, wie in ihren Ländern die Wiedervereinigung Deutschlands erlebt wurde. Die Bücher stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang, und es empfiehlt sich auch, sie zusammen zu lesen.

Die Trilogie beginnt mit der *Rache der Ostdeutschen*. Aus meiner Sicht ist dieser Band am spannendsten. Die Autorin fragt danach, warum jeder zweite Ostberliner die PDS wählt, wo „es ihnen doch allen—12 Jahre nach der deutschen Einheit—materiell und finanziell so viel besser geht als zu Ostzeiten“ (7). Damit ist eine Frage gestellt, die politisch heute aktueller ist denn je. Die vorwiegend ostdeutschen „Montagsdemonstrationen“ nach der Hartz IV-Gesetzgebung haben die sozio-kulturellen und politischen Gräben zwischen Ost- und Westdeutschland demonstriert; die PDS hat im Rahmen der Fusion mit der neuen Linkspartei „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ neuen Auftrieb bekommen.

20 Ostberliner PDS-Wähler nehmen dazu Stellung, wie sie den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung persönlich erlebt haben und welche Erwartungen sie mit der PDS verknüpfen. Kuczynski deutet die persönlichen Wahlentscheidungen als Racheakt gegen westdeutsche Diskriminierung. Das Phänomen der „Ostalgie“ sei dadurch zu erklären, dass durch die gemeinsame Erfahrung der Herabsetzung persönlicher und kollektiver Lebensleistungen erst nach der Wiedervereinigung eine Ostidentität entstanden sei. Eine Gesprächspartnerin von Kuczynski bringt diesen Sachverhalt folgendermaßen auf den Punkt: „Ja, ich bin nach der Wende Ostler geworden“ (22). Die PDS habe als parteipolitischer Bezugspunkt von diesem Lebensgefühl wahlpolitisch profitiert. In der Wahrnehmung ihrer Sympathisanten vertrete die PDS als einzige Partei im politischen System Pazifismus und soziale Gerechtigkeit.

Die persönlichen Erfahrungsberichte der Menschen sind interessant und spannend zu lesen, die Schlussfolgerungen der Autorin sind hingegen nicht zwingend. Das gemeinsame Element in den Schilderungen der Befragten liegt nicht in der erlebten Diskriminierung, sondern in der Distanz, mit der sie dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung *von Beginn* an begegneten. Kaum einer von ihnen bekennt, jemals den Wunsch gehabt zu haben, in Westdeutschland zu leben. Kaum jemand hat das Ordnungsmodell der Bundesrepublik jemals als erstrebenswert angesehen („für das westdeutsche System wäre ich nicht auf die Straße gegangen“ [52]). Die hier zum Ausdruck gebrachte Enttäuschung bezieht sich höchstens teilweise auf die später folgende Erfahrung westdeutscher Dominanz und Herablassung. Stattdessen wird deutlich, dass die hier Befragten eine wirkliche Realisierung des Sozialismus sehr viel lieber gehabt hätten als den Kapitalismus. Hier wurden nicht an die Wiedervereinigung geknüpfte Hoffnungen enttäuscht, sondern es gab keine Hoffnung, dass die Wiedervereinigung die Lage verbessern würde. Dieser Unterschied ist politisch bedeutsam, weil er nicht einmal durch eine

aktive „Anti-Diskriminierungspolitik“ des Westens gegenüber dem Osten überbrückt werden könnte. Dass diese Deutung im vom Kuczynski vermuteten Sinne erst im Nachhinein entstanden ist, lässt sich aus den Gesprächen nicht ableiten.

Der zweite Band *Im Westen was Neues?* bringt thematisch die gleichen Gespräche, aber mit einer anderen Zielgruppe. Befragt wurden 18 Bürger aus den ostdeutschen Ländern, die bei der letzten Bundestagswahl im Oktober 2002 anders gewählt haben, nämlich nicht die PDS. Da es sich dabei um 80 Prozent der Bevölkerung handelt, eignet sich diese Beschreibung der Autorin im Klappentext nicht zur Charakterisierung der Befragten. Es handelt sich hier um Menschen, die sich persönlich als Gewinner der Wiedervereinigung bezeichnen: hoch qualifizierte Akademiker, die unter Aufbringung aller Kräfte und zum Teil hoher Kosten den politischen Umbruch zu ihren Gunsten genutzt haben und heute ein glückliches Leben im vereinten Deutschland führen, wenn es auch nach wie vor von Unsicherheit geprägt sein mag.

Deutlich wird, dass die erfolgreiche Bewältigung eines Systemwechsels alles andere als selbstverständlich ist. Jeder, der diesen radikalen Wandel für sich befriedigend zu verarbeiten vermag, hat eine große persönliche (aber auch kollektiv bedeutsame) Lebensleistung vorzuweisen, die in Westdeutschland häufig nicht zur Kenntnis genommen wird. Das vorliegende Buch hilft dabei, dieses Defizit zu beheben. Zudem drängt sich bei der Lektüre die Frage nach den Grenzen legitimer Flexibilitätsanforderungen auf. Wie viel Flexibilität ist den ostdeutschen Bürgern angesichts der fortschreitenden Liberalisierung der Arbeitsmärkte und des Wohlfahrtsstaates noch zuzumuten? Müsste hier nicht eigentlich die heute beruflich aktive westdeutsche Bevölkerung, die bisher weitgehend in Frieden, Wohlstand und Sicherheit gelebt hat, einen Hauptteil der Kosten tragen? Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Frage im deutschen politischen Diskurs in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird.

Das dritte Buch *Ostdeutschland war nie etwas Natürliches* wechselt die Perspektive und befragt Publizisten, Wissenschaftler und Politiker aus verschiedenen Ländern nach ihrer Beurteilung des ostdeutschen Transformationsprozesses. Das Ergebnis überrascht, denn hier wird überwiegend—wenn auch in unterschiedlicher Intensität—das stereotype Bild vom „Jammer-Ossi“ gepflegt. Durch die Wiedervereinigung ist den Ostdeutschen vieles in den Schoß gefallen, was sich andere postkommunistische Länder hart erarbeiten mussten: Rechtsstaatlichkeit, EU-Integration, Transferleistungen in Milliardenhöhe. Dies führt zu manch hartem Urteil. Von „Versorgungsmentalität“ ist die Rede: „Da wurde oft nur der Übertäter gewechselt. Vom großen Bruder in der Sowjetunion zum reichen Onkel aus dem Westen“ (38).

Die Gesprächspartner aus anderen osteuropäischen Ländern betonen die national integrative Wirkung, die der selbständige und häufig mittellose Kampf für die eigene Gesellschaft gehabt habe. In diesen Passagen erzählt der Tellerwäscher seine Geschichte vom großen Glück.

Hier würde man sich als Leser wünschen, dass kausale Faktoren des Vorgefundnen stärker und systematischer in den Blick genommen werden. Woher kommt dieser politische und häufig auch wirtschaftliche Liberalismus, der in vielen der

Aussagen zum Vorschein kommt und der offensichtlich einen Großteil der postkommunistischen Länder von der DDR trennt? Doch Kuczynski stellt nicht auf kausale Mechanismen ab. Sie publiziert nicht als Sozialwissenschaftlerin, sondern als Schriftstellerin. Das ist ihr gutes Recht. Nur hätte sie sich dann auch an mancher Stelle mit Verallgemeinerungen zurückhalten sollen. Die von ihr geführten Gespräche sind aus sich heraus nicht repräsentativ, weil keine sozialwissenschaftlichen Methoden zur Anwendung kamen. Die Bücher in ihrer Gesamtheit skizzieren eher bestimmte Personentypen, die bessere oder schlechtere Voraussetzungen zum Wandel mitbrachten, die persönlich offensiv-optimistischer oder defensiv-pessimistischer agierten und die die Zeiten des Umbruchs so oder anders erlebt haben. Inwiefern das Vorgefundene repräsentativ ist, kann keines der Bücher beantworten.

BRITTA REHDER, *Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln*

Corinne Defrance and Ulrich Pfeil, eds. *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945—1963—2003* (Pariser Historische Studien, 71). München: Oldenburg, 2005. Pp. 291. Cloth €24,80.

Am 19. und 20. Januar 2003 fand an der Sorbonne und dem Deutschen Historischen Institut in Paris ein Kolloquium statt, in dem die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom Januar 1963 nachgezeichnet und seine Wirkung gewürdigt wurde. Der Sammelband enthält 14 Beiträge, den Abdruck des Vertragstextes von 1963 sowie eine Auswahlbibliographie. Einleitend sprach auf dem Kolloquium der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher über die Bedeutung gut funktionierender deutsch-französischer Beziehungen in einem Europa, welches sich mit den Problemen der Globalisierung konfrontiert sieht. Die beiden Herausgeber, gleichsam die Personifizierung deutsch-französischer Zusammenarbeit, führen in einer kenntnis- und umfangreichen Einleitung in die Phase des Kalten Krieges ein, in welcher der Vertrag entstand.

Die beiden bekannten Historiker Hans-Peter Schwarz und Jacques Bariéty beschreiben zunächst den deutschen, bzw. den französischen Weg zum Élysée-Vertrag. In Beitrag von Henri Ménudier, einem der bekanntesten französischen Germanisten, wird der Vertrag in den Niederschriften von Alain Peyrefitte gespiegelt, einem der wichtigsten und engsten Vertrauten de Gaulles. Hier wird das Einfügen der Präambel vor den Vertragstext, deren Wortlaut aus amerikanischer Feder kam, als deutliche Entwertung der Abmachungen aus französischer Sicht ebenso ungeschminkt geschildert wie die Distanz zwischen de Gaulle und dem Nachfolger Adenauers im Kanzleramt, Ludwig Erhard, der zudem als Atlantiker galt.

Ulrich Lappenküper, Florence Gauzy und Ansbart Baumann zeigen in ihren Beiträgen zur Außenpolitik, Verteidigungspolitik und zu Erziehungsfragen auf, was der Vertrag alles regelte und initiierte. Andreas Wilkens, Werner Bühner, Corinne Defrance und Hans Manfred Bock sowie Ulrich Pfeil zeigen hingegen in ihren Beiträgen auf, was der Élysée-Vertrag alles im Bereich der kulturellen Zusammen-